Der Zünder

rso revolutionär sozialistische organisation

Revolutionäre Sozialistische Organisation bei ams OSRAM

1. Dezember 2022

„Die Befreiung der Arbeiterklasse muss die Tat der Arbeiter selbst sein.“ – Karl Marx

Hartz IV ist nur für Reiche da

Was war das für ein unwürdiges Gezerre um das „Bürgergeld“. Was die SPD, die Hartz IV überhaupt erst eingeführt hat, voller Heuchelei als „größte Sozialstaatsreform seit Jahrzehnten“ bezeichnet, ist nur ein neuer Name mit ein paar Schönheitskorrekturen. Um selbst die zu verhindern und die Bedingungen für Arbeitslose wieder zu verschlechtern, haben eingefleischte Feinde der Arbeitenden vor allem bei Union und AfD plötzlich die „hart arbeitenden Menschen“ für sich entdeckt.

Zum Beispiel Alice Weidel, die in der Vergangenheit Managerin bei der US-Bank Goldman Sachs und bei Allianz Global Invest war und 130.000 Euro illegaler Parteispenden für ihren Wahlkampf eingeheimst hat. „In Deutschland ist nur der Fiskus reich“, behauptete sie diese Woche im Bundestag. Wahrscheinlich, weil sie sich mit ihren geschätzten 1,2 Millionen Euro Vermögen selbst zu den armen, „hart arbeitenden Menschen“ zählen will.

Gegenüber CDU-Chef Merz kann sie natürlich nur vor Sozialneid erblassen, denn dieser ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende des größten Vermögensverwalters der Welt, dem Heuschreckenkonzern BlackRock, besitzt geschätzte 12 Millionen Euro. Da sind es natürlich nur Peanuts für ihn, mal eben mit dem Privatflugzeug zur Luxushochzeit seines guten Freundes Christian Lindner (FDP-Finanzminister) auf Sylt zu jetten.

Und natürlich darf auch der oberste Unternehmensverbandschef Rainer Dulger (BDA) nicht fehlen, der meinte, das Bürgergeld sei „kein Zeichen von Fairness und Respekt gegenüber den arbeitenden Menschen“. Wenn es nach ihm geht, sollen diese arbeitenden Menschen, sobald sie ihre Arbeit verlieren, noch mehr unter Druck gesetzt werden.

Lohndrückerei durch Hartz IV

Wenn Cheflobbyist:innen von Finanzhaien und Konzernen die Interessen der „arbeitenden Menschen“ vorschieben, ist Misstrauen mehr als angebracht. Denn worum geht es diesen betuchten Damen und Herren wirklich? Um das genaue Gegenteil dessen, was sie vorgeben. Es geht darum, gegen die Interessen der hart arbeitenden Menschen schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne durchzusetzen. Das war auch schon das Ziel bei der Einführung von Hartz IV, damals übrigens mit einer ähnlich billigen Stimmungsmache gegen Arbeitslose, die in der „sozialen Hängematte“ faulenzen würden.

Mit Hartz IV, der Verpflichtung alle möglichen miesen Jobs anzunehmen und den Sanktionen – sprich Streichung des eh schon zu niedrigen Existenzminimums – wurden zwei Dinge erreicht: Zum einen wurden Arbeitslose so tatsächlich in diese miesen Jobs gezwungen und der heutige Niedriglohnsektor konnte entstehen – einer der größten in ganz Europa. Andererseits mussten all diejenigen, die (noch) Arbeit hatten, umso mehr eine mögliche Arbeitslosigkeit und Abstieg auf Hartz IV fürchten. Das war ein super Druckmittel für Erpressungen ganzer Belegschaften, denen mit Abwanderung und Stellenstreichungen gedroht wurde, wenn sie nicht „Zugeständnisse“ machen, sprich Lohnkürzungen oder andere Verschlechterungen akzeptieren.

Die Sanktionen beim „Bürgergeld“ sind deshalb für die Feinde der Arbeitenden so wichtig, gegen deren Abschwächung sind sie sturmgelaufen, und jetzt feiern sie, dass es wieder Sanktionen „vom ersten Tag an“ geben soll.

Es geht den Geiern, die von unserer Arbeitskraft profitieren und auf unserem Rücken immer reicher werden, darum, aus uns möglichst viel Arbeitsleistung herauszupressen. Das hat auch der AfD-Fraktionsvize Kleinwächter als kleingeistiger Wächter über die Interessen des Großkapitals ausgeplaudert, als er kritisierte: „Das Bürgergeld nimmt der arbeitenden Bevölkerung jeden Leistungswillen.“

Doch wenn diejenigen, die Arbeit haben und für viel zu wenig Lohn jeden Tag schuften, sich gegen die Arbeitslosen ausspielen lassen, verlieren sie beide und die unverschämten Absahner:innen lachen sich ins Fäustchen.

500 statt 53 Euro mehr!

Das „Bürgergeld“ ist trotz der Erhöhung um 53 Euro gegenüber Hartz IV immer noch viel zu niedrig, was von Sozialverbänden kritisiert wird. Wenn gesagt wird, dass sich das Arbeiten gegenüber dem Bürgergeld nicht lohne, dann deshalb, weil auch die Löhne viel zu niedrig sind.

ver.di geht mit der Forderung von mindestens 500 Euro mehr pro Monat in die kommende Tarifrunde für den Öffentlichen Dienst. Doch das Leben wird für alle teurer. Was wir brauchen, ist eine solche Erhöhung für alle – Arbeitende, Arbeitslose, Rentner:innen! Und gemeinsam können wir das auch durchsetzen, gegen diejenigen, die es sich auf unsere Kosten unverschämt gut gehen lassen!

Ein guter Anfang!
Am 8. November waren wir zusammen mit Kolleg:innen von BMW und Oracle Sechshundert Kolleg:innen auf der Nonnendammallee: Warnstreik für die Löhne!
Als Osramer war es besonders schön, zusammen mit Siemens zu demonstrieren, und sogar mit Kolleg:innen von Siemens-Energy, die angeblich nicht mehr Siemens angehören: wenn wir streiken, dann spielen die Spaltungen keine Rolle! Selbe Ausbeutung, selber Kampf!

Was ist 8%?
Die Inflation, die aktuell bei 10% (gegenüber dem Vorjahr) liegt, hat aber vor mehr als einem Jahr angefangen. Für 2023 erwartet die Bundesregierung derzeit etwa 7%.
Die Forderung 8% mit einer Laufzeit von einem Jahr ist wenig. Am 8. November sagte ein Siemensianer am Mikrofon : "Das ist das Minimum, man sollte das Doppelte fordern". Über ein Megafon rief ein Vertrauensmann vom Schaltwerk „24%!“ und erklärte später auf der Bühne, dass die Manager der Dax-Konzerne sich letztes Jahr 24% genehmigt hätten. Und unsere Kollegin von Osram sagte das wesentliche: „Man soll mit dieser Forderung nicht antreten.“.

War die Streikbereitschaft hoch genug?
Mit der guten Forderung von 8% mehr Lohn (Laufzeit von **einem** Jahr) haben sich überall in Deutschland die Diskussionen um die nächsten Warnstreiks gedreht. Die Presse schätzte ein, dass die IG Metall in der Tarifrunde den Druck erhöhe, und tatsächlich sprach die IG Metall von 24h-Warnstreiks.
Auf der Kundgebung wurden wir mehrmals gefragt, ob wir bereit wären echt zu streiken, was keine(r) von uns in Frage gestellt hat.

Was sollen wir darüber denken?
Zehn Tage später wurde irgendwo in Baden-Württemberg ein Pilotabschluss unterschrieben, der letzte Woche von der IG Metall Bezirksleiterin Berlin-Brandenburg-Sachsen übernommen wurde. Drin sind die 8% mit aber einer Laufzeit von... **zwei (2)** Jahren! Der Übernahme müssen die Tarifkommissionen noch zustimmen aber… ?
Wenn es darum geht, echt zu streiken sieht die IG-Metall-Satzung vor, dass die Mitarbeiter „urabstimmen“ müssen (was Metaller:innen schon ewig nicht mehr gemacht haben). Jetzt aber, kaum wurde den Kampf angesagt, und schon kommt ein Ergebnis, das wir nicht unter diskutieren sollen?

8,5%, ist das nicht mehr als 8%?
Die 0,5%, die über die 8% bezahlt sein sollen, sind ein schlechter Witz: da die Laufzeit auf das Doppelte verlängert wurde, wurde einfach die ursprüngliche Forderung halbiert.
Die Inflationsphase, die wir jetzt erleben wird letztendlich über mehr als zwei Jahre andauern , und wird insgesamt gut eher 16% gewesen sein. Unsere Kaufkraft bekommt also unter dem Strich 8%, aber 8% sinkend! Nach viereinhalb Jahren Nullrunde!
Ohne richtig zu streiken ist es unmöglich, Besseres zu erreichen. Im NRW waren Kolleg:innen unzufrieden. Eine Vollversammlung der Vertrauensleute von Mercedes Untertürkheim lehnte sogar das Ergebnis ab. Und bei uns?

Währenddessen die Wirtschaftspresse jubelt
„Milliardengewinn“ für Siemens (18.11)...
„Traumquartal für die Autokonzerne“ (29.11)...
und für uns… die Inflation?

Aventos hat es geschafft!
Bald kommt eine schöne Baustelle im ehemaligen Teil des Betriebs, wo das alte Glaswerk steht. Das Projekt „Luxwerk“ entsteht mit Hochhaus und Co.. Die schmeichelnde Presse erinnert, dass 1928 die Produktion von Lampenkolben im Glaswerk „die erste ihrer Art auf dem Europäischen Kontinent war“. Genauso weiter soll das gehen: „Luxwerk“ ist für Forschung, Entwicklung und Labore konzipiert. Genauso wie mit „Siemensstadt 2.0“ geht es darum, die Produktion durch Büros zu ersetzen. Aventos spricht von 2500 neue Arbeitsplätze, das sind aber keine Arbeitsplätze für uns!

Der Frieden... wird eher für später!
Am Sonntag dem 13. November hat ein schrecklicher Bombenanschlag in Istanbul 6 Opfer verursacht. Achtzig Leute wurden verletzt. Für den Präsidenten der Türkei war die Gelegenheit zu gut: seitdem schlägt die Türkische Armee im kurdischen Gebiet in Nordsyrien zu. Giftgase werden verwendet.
Die Deutsche Regierung rief Erdogan auf, „verhältnismäßig zu agieren“. Außenministerin Bearbock riet ihm, von „eine(r) mögliche(n) Bodenoffensive in Nordsyrien [...] abzusehen“. Also das kurdische Gebiet zu bombardieren ist noch okay?

V.i.S.d.P. Florian Sund, Schmarjestraße 17, 14169 Berlin